

25.10.2007

Kleine Anfrage 1965

der Abgeordneten Inge Howe SPD

Krankenhausversorgung in der ländlichen Region: Wie wird die Pflichtversorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Ostwestfalen-Lippe sichergestellt?

NRW-Landesminister Laumann erklärte am 24. August 2007 im Plenum des Landtags Nordrhein-Westfalen, dass er unter die ihm vorgelegten Listen zum Krankenhausfinanzierungsprogramm 2007 seinen Namen nicht setze. Er begründet dies im weiteren damit, dass die Prioritätenlisten der Bezirksregierungen unter anderem fehlende schlüssige Begründungen enthielten und er deshalb die bisherige Förderung der Krankenhausinvestitionen auf eine pauschale Förderung umstellen wolle.

Auf der Prioritätenliste der Bezirksregierung Detmold steht die Erweiterung und der Umbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Klinikums Bad Salzuflen um 12 Betten bereits auf Platz 1. Im Kinder- und Jugendpsychiatriebereich existiert ein erheblicher Bettenbedarf, die Situation ist dramatisch und die Versorgungsangebote sind bei weitem nicht ausreichend. Der aktuelle Mordfall in der Klinik ist nur die Spitze des Eisbergs. Beispielsweise wird die stationäre Klinik in Bad Salzuflen im Kreis Lippe von Kindern und Jugendlichen aus dem Kreis Minden-Lübbecke überproportional belegt. Mit über 80 % Notaufnahmen ist die stationäre Einheit in Bad Salzuflen ohnehin stark belastet, wobei der geplante Ausbau um 12 Plätze die Situation in Ostwestfalen-Lippe nicht entschärfen wird und nur eine Interimslösung sein kann bis zum Ausbau der erforderlichen 24 Betten. Trotz sinkender Bevölkerungszahlen steigt die Fallanzahl betroffener Kinder und Jugendliche, die Fälle werden schwerwiegender und die Wartezeiten erhöhen sich auf schon bei der Erstberatung auf bis zu einem Jahr.

Im Versorgungsgebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik Bad Salzuflen (Kreise Minden-Lübbecke, Herford, Lippe und Stadt Bielefeld) ergibt sich eine Quote von 1,4 Betten auf 10.000 Kinder und Jugendliche. Damit liegt die Quote in OWL deutlich unter dem NRW-Landesdurchschnitt von 3,1 vollstationären Planbetten pro 10.000 Kinder und Jugendlichen, bundesweit ergibt sich sogar ein Durchschnitt von 3,2 Betten.

Datum des Originals: 22.10.2007/Ausgegeben: 29.10.2007

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung NRW die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung mit vollstationären Planbetten im ostwestfälischen Versorgungsbereich der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik Bad Salzuflen auch vor dem Hintergrund des aktuell vorgefallenen Mordfalls?
2. Wie wird durch die Umstellung auf die geplante Pauschalförderung im Rahmen des KHGG sichergestellt, dass der Ausbau der mindestens benötigten 12 Betten in der stationären Klinik Bad Salzuflen finanziert?
3. In welchem Jahr ist mit dem Ausbau der 12 Betten zu rechnen?
4. Hält die Landesregierung den geplanten Ausbau um 12 Betten für ausreichend, um die kinder- und jugendpsychiatrische Unterversorgung im Versorgungsgebiet der Klinik Bad Salzuflen zu beenden?
5. Wie bewertet die Landesregierung den seitens der Klinikum Lippe GmbH und der beteiligten Gebietskörperschaften geforderten und beantragten Ausbaubedarf von 24 vollstationären Planbetten in der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik Bad Salzuflen?

Inge Howe